
Ausgabe	Seite (verlinkt mit Anlagen)
Versicherter Personenkreis	<u>2</u>
Arbeitsunfall	<u>5</u>
Wegeunfall	<u>8</u>
Berufskrankheiten	<u>11</u>
MdE / Rente / haftungsausfüllende Kausalität	<u>14</u>
Heilbehandlung / sonstige Leistungen / allgemeines Leistungsrecht (SGB I)	<u>16</u>
Zuständigkeit / UV-Pflichtmitgliedschaft	<u>17</u>
Beitrag	<u>18</u>
Regress / Haftungsbeschränkung	<u>20</u>
Verwaltungsverfahren (SGB X)	<u>21</u>
Sozialgerichtsverfahren (SGG)	<u>23</u>
Sonstiges Verfahrensrecht	<u>25</u>
Rehabilitation und Teilhabe behinderter Menschen (SGB IX)	<u>26</u>
Hinterbliebenenleistungen	<u>27</u>

Ausgabe

Seite
(verlinkt mit
Anlagen)

Versicherter Personenkreis

- 02 Fahrt eines ehrenamtlichen DRK Ortsvorsitzenden zur Generalversammlung eines befreundeten DRK Ortsvereins – dabei schwerer Verkehrsunfall – keine in der Satzung niedergelegte Tätigkeit – dennoch Versicherte Tätigkeit, weil Besuch der Öffentlichkeitsarbeit diente – Urteil des LSG Baden-Württemberg vom 30.04.2020 – L 10 U 4485/18 – DOK 311.12 [33 - 42](#)
- 02 Unfall im Zusammenhang mit einer stationären medizinischen Rehabilitation – Sturz nach einem abendlichen Gaststättenbesuch mit Mitpatienten – operativ versorgte Mittelgliedbasisfraktur am linken Ringfinger – kein Arbeitsunfall – kein Zusammenhang mit versicherter Tätigkeit nach § 2 Abs. 1 Nr. 15a SGB VII – kein Versicherungsschutz „rund um die Uhr“ – allgemeine Empfehlung der Klinik zu gemeinsamen Freizeitaktivitäten – nicht speziell auf den Rehabilitationsbedarf der Klägerin bezogen – Klägerin konnte nicht subjektiv davon ausgehen, dass Besuch in der Gaststätte behandlungsdienlich ist – Urteil des BSG vom 23.06.2020 – B 2 U 12/18 R – DOK 311.151:374.287 [43 - 52](#)
- 04 Unfall eines Chormitglieds auf dem Weg zum Auftritt – Prüfung verschiedener denkbarer Möglichkeiten versicherter Tätigkeit – § 34 Abs. 2 der Satzung der Unfallkasse Sachsen-Anhalt greift vorliegend nicht – hier liegt gespaltene Handlungstendenz vor – Singen zum Gemeinwohl nicht vorrangiges Motiv – vornehmliche Freude am Gesang ist eigenwirtschaftliches Motiv – insoweit kein Versicherungsschutz – Urteil des LSG Sachsen-Anhalt vom 24.09.2020 – L 6 U 14/20 – DOK 320:311.10 [145 - 153](#)
- 04 Unfall bei einer Lagerbesichtigung im Zuge eines Probearbeitstages – Kein Versicherungsschutz gegeben – „Wie-Beschäftigung“ scheidet aus, da keine Leistung von wirtschaftlichem Wert erbracht wurde – Kein Schutz wegen Besichtigung der Betriebsstätte – Revision aufgrund grundsätzlicher Bedeutung der Sache zugelassen – Urteil des Bayerischen LSG vom 28.07.2020 – L 3 U 117/18 – DOK 312:320:311 [154 - 173](#)

Impressum:

UV-Recht & Reha Aktuell (UVR) wird herausgegeben von der Hochschule der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung (HGU)
Internet: www.dguv.de/hochschule

Verantwortlich für den Inhalt:

Dietmar Kaminski, Roswitha Rath
Tel.: 030 13001 6555, Fax: 030 13001 69586,
Email: UVR.Hochschule@dguv.de

Zitierweise:

UV-Recht & Reha Aktuell (UVR), Ausgabe/Jahr, Seite

Ausgabe	Seite (verlinkt mit Anlagen)
05 Statusfeststellungsverfahren eines Rentenversicherungsträgers – Statusrechtliche Stellung einer Apothekenpraxisvertreterin – ursprüngliche Bewertung als Beschäftigte von LSG aufgehoben – Gesamtbild der Umstände führt zur Bewertung als Selbständige – insofern Vergleichbarkeit mit Praxisvertretung bei niedergelassenem Arzt – Urteil des LSG Nordrhein-Westfalen vom 10.06.2020 – L 8 BA 6/18 – DOK 121.2:311.01	195 - 209
05 Volljähriger Schüler verlässt das Schulgelände um im Stadtpark zu rauchen und sich zu erholen – schwerer Ast fällt dort auf Kopf und Körper – kein Schülerunfall, da außerhalb des organisatorischen Verantwortungsbereichs der Schule – Einflussbereich der Schule endet am Schultor – Rauchen / Erholen als Motive des Parkbesuchs sind rein persönlich – Urteil des LSG Hamburg vom 28.10.2020 – L 2 U 1/20 – DOK 311.082	210 - 222
05 Teilnahme an einem Fußballturnier im Rahmen des betrieblichen Gesundheitsmanagements – Zusammenprall mit Gegenspieler – Kläger erlitt Tibiakopffraktur – kein Arbeitsunfall – Beschäftigter nach § 2 Abs. 1 Nr. 1 SGB VII – fehlender sachlicher Zusammenhang zur versicherten Tätigkeit – mit Teilnahme am Fußballspiel keine Pflicht aus dem Beschäftigungsverhältnis erfüllt – Fußballturnier nicht dem Betriebssport zuzurechnen – fehlender Betriebsbezug – keine betriebliche Gemeinschaftsveranstaltung – Einladung nur an fußballinteressierte Mitarbeiter – Fußballturnier nicht in ein Veranstaltungsprogramm integriert – Urteil des LSG Rheinland-Pfalz vom 15.10.2019 – L 3 U 66/18 – DOK 374.111:374.112	223 - 229
06 Tödlicher Sturz eines Vorstandsmitglieds einer AG vom Gebäudedach – freiwillige Unternehmensversicherung lag nicht vor – kein Beschäftigungsverhältnis bei unfallbringender Tätigkeit – Mitglieder des Vorstandes einer AG sind generell nicht versicherungspflichtig in der GUV – Tätigkeit wie ein Unternehmer ergibt sich aus den Vorschriften des AktG – Vorstand einer AG nicht vergleichbar mit GmbH-Geschäftsführer – kein sonstiger Versicherungsschutztatbestand gegeben – Bestätigung der instanzgerichtlichen Entscheidungen, die Hinterbliebenenleistungen ablehnten – Urteil des BSG vom 15.12.2020 – B 2 U 4/20 R – DOK 311.01:312:320	271 - 281

Ausgabe	Seite (verlinkt mit Anlagen)
09 Schnittverletzung beim Zusägen von Holzstücken – Elternbeiratsmitglied verletzt sich auf Privatgrundstück – kein Versicherungsschutz als ehrenamtlich Tätiger nach § 2 Abs. 1 Nr. 10 a SGB VII – mangelnde Einflussmöglichkeit des öffentlichen Trägers auf Ausführung der Arbeit – kein Versicherungsschutz nach § 2 Abs. 2 SGB VII, wenn eine Tätigkeit Werksvertragscharakter aufweist – Revision zugelassen – Urteil des LSG Thüringen vom 30.04.2021 – L 1 U 682/20 – DOK 311.10	460 - 467
09 Überprüfungsverfahren hinsichtlich der Beitragserhebung für Schüler einer landesrechtlich anerkannten Ersatzschule – Versicherungsschutz nach § 2 Abs. 1 Nr. 8 b SGB VII für diesen Personenkreis – von der BSG-Rechtsprechung aufgestellte Voraussetzungen des schulrechtlichen Abschlusses nach Landesrecht gegeben – daher gem. § 185 Abs. 2 S. 1 SGB VII keine Beitragspflicht – Revision anhängig – Urteil des LSG Thüringen vom 09.07.2020 – L 1 U 960/19 – DOK 531:311.082:311.02:518.32	449 - 459
11 Unfall bei Einstellungstest für die Berufsfeuerwehr – Voraussetzungen des § 2 Abs. 1 Nr. 3 SGB VII nicht gegeben – Berufsfeuerwehrleute werden als nicht versicherungspflichtige Beamte eingestellt – enge Wortlautauslegung hier notwendig – ebenfalls keine „Wie-Beschäftigung“ bei Eignungstest gegeben – Urteil des SG Düsseldorf vom 05.02.2021 – S 14 U 115/19 – DOK 311.03:312	544 - 553
11 Aktuelle Situation des Berufssports in der Gesetzlichen Unfallversicherung – Problem der „strukturellen“ Unterdeckung – Lösungsmöglichkeiten durch Leistungseinschränkungen oder Verbesserung der Finanzierungsgrundlagen – Hinweis auf Aufsatz von Andreas Kranig, Berufssport und Gesetzliche Unfallversicherung – Aktuelle Probleme/ Lösungsoptionen (Teil I u. II) – DOK 311.01:531	578 - 579

Ausgabe

Seite
(verlinkt mit
Anlagen)

Arbeitsunfall

- 03 Einführungsseminar bei einem Jugendfreiwilligendienst – Unfall einer 16-jährigen Seminarteilnehmerin nach Seminarende auf einer Hüpfburg innerhalb des Schulungsgeländes – grundsätzlicher Versicherungsschutz nach § 2 Abs. 1 Nr. 1 SGB VII bejaht – hier zwar Freizeitunfall, aber Unfall infolge spielerischen Verhaltens – Ausgesetztsein besonderer, dem Seminarbetrieb zuzurechnender Gefahren – bei Kindern und Jugendlichen ist ausnahmsweise abzustellen auf den kausalen Ursprung der zum Schaden führenden Handlung, statt auf den finalen Zweck der Verrichtung – Urteil des BSG vom 06.10.2020 – B 2 U 13/19 R – DOK 311.01: 374.2868 [134 - 142](#)
- 03 Kritik an der Auffassung von Spellbrink zu den Voraussetzungen des Arbeitsunfalls – systematisch präsentiert und exemplarisch dargestellt an den Beweisanforderungen bei einer posttraumatischen Belastungsstörung – Hinweis auf Aufsatz von Martin Forchert, Der Erstscha-den als Voraussetzung des Arbeitsunfalls, MedSach 117 1/2021 Seiten 14-27 – DOK 370.1:371 [143](#)
- 04 Unfall bei einer Lagerbesichtigung im Zuge eines Probearbeitstages – Kein Versicherungsschutz gegeben – „Wie-Beschäftigung“ scheidet aus, da keine Leistung von wirtschaftlichem Wert erbracht wurde – Kein Schutz wegen Besichtigung der Betriebsstätte – Revision aufgrund grundsätzlicher Bedeutung der Sache zugelassen – Urteil des Bayerischen LSG vom 28.07.2020 – L 3 U 117/18 – DOK 312:320:311 [154 - 173](#)
- 05 Volljähriger Schüler verlässt das Schulgelände um im Stadtpark zu rauchen und sich zu erholen – schwerer Ast fällt dort auf Kopf und Körper – kein Schülerunfall, da außerhalb des organisatorischen Verantwortungsbereichs der Schule – Einflussbereich der Schule endet am Schultor – Rauchen / Erholen als Motive des Parkbesuchs sind rein persönlich – Urteil des LSG Hamburg vom 28.10.2020 – L 2 U 1/20 – DOK 311.082 [210 - 222](#)

Impressum:

UV-Recht & Reha Aktuell (UVR) wird herausgegeben von der Hochschule der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung (HGU)
Internet: www.dguv.de/hochschule

Verantwortlich für den Inhalt:

Dietmar Kaminski, Roswitha Rath
Tel.: 030 13001 6555, Fax: 030 13001 69586,
Email: UVR.Hochschule@dguv.de

Zitierweise:

UV-Recht & Reha Aktuell (UVR), Ausgabe/Jahr, Seite

Ausgabe	Seite (verlinkt mit Anlagen)
05 Teilnahme an einem Fußballturnier im Rahmen des betrieblichen Gesundheitsmanagements – Zusammenprall mit Gegenspieler – Kläger erlitt Tibiakopffraktur – kein Arbeitsunfall – Beschäftigter nach § 2 Abs. 1 Nr. 1 SGB VII – fehlender sachlicher Zusammenhang zur versicherten Tätigkeit – mit Teilnahme am Fußballspiel keine Pflicht aus dem Beschäftigungsverhältnis erfüllt – Fußballturnier nicht dem Betriebssport zuzurechnen – fehlender Betriebsbezug – keine betriebliche Gemeinschaftsveranstaltung – Einladung nur an fußballinteressierte Mitarbeiter – Fußballturnier nicht in ein Veranstaltungsprogramm integriert – Urteil des LSG Rheinland-Pfalz vom 15.10.2019 – L 3 U 66/18 – DOK 374.111:374.112	223 - 229
06 Tödlicher Sturz eines Vorstandsmitglieds einer AG vom Gebäudedach – freiwillige Unternehmensversicherung lag nicht vor – kein Beschäftigungsverhältnis bei unfallbringender Tätigkeit – Mitglieder des Vorstandes einer AG sind generell nicht versicherungspflichtig in der GUV – Tätigkeit wie ein Unternehmer ergibt sich aus den Vorschriften des AktG – Vorstand einer AG nicht vergleichbar mit GmbH-Geschäftsführer – kein sonstiger Versicherungsschutzbestand gegeben – Bestätigung der instanzgerichtlichen Entscheidungen, die Hinterbliebenenleistungen ablehnten – Urteil des BSG vom 15.12.2020 – B 2 U 4/20 R – DOK 311.01:312:320	271 - 281
06 Arbeiten im Homeoffice – morgendlicher Weg von den Wohnräumen zum Homeoffice – Treppensturz – häuslicher Bereich – kein Wegeunfall – kein Durchschreiten der Außenhaustür – kein Betriebsweg – Weg nicht im unmittelbaren Betriebsinteresse – diente ausschließlich erstmaligen Aufnahme der Tätigkeit am Unfalltag – reine Vorbereitungshandlung – keine Besserstellung von Beschäftigten im Homeoffice – Urteil des LSG Nordrhein-Westfalen vom 09.11.2020 – L 17 U 487/19 – DOK 371.1:371.2:372.11	282 - 291
06 Arbeitsunfall eines Steinmetzes – Anheben eines mehr als 50 Kg schweren Findlings – Abrutschen und Nachfassen – überraschendes Moment und akute Krafteinwirkung als äußeres Ereignis – Riss der distalen Bizepssehne rechts – geeigneter Unfallmechanismus – Krafteinwirkung hat Bizepssehnenriss mit hinreichender Wahrscheinlichkeit verursacht – keine Hinweise auf vorbestehende Verschleißerkrankungen im Sehnenbereich – Urteil des Hessischen LSG vom 18.08.2020 – L 3 U 155/18 – DOK 375.0:375.34	292 - 302
07 Bestandsaufnahme der rechtlichen Bewertung psychisch vermittelter Versicherungsfälle – Arbeitsunfallereignisse (Typ I) und „Wie-	367

Impressum:

UV-Recht & Reha Aktuell (UVR) wird herausgegeben von der Hochschule der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung (HGU)
Internet: www.dguv.de/hochschule

Verantwortlich für den Inhalt:

Dietmar Kaminski, Roswitha Rath
Tel.: 030 13001 6555, Fax: 030 13001 69586,
Email: UVR.Hochschule@dguv.de

Zitierweise:

UV-Recht & Reha Aktuell (UVR), Ausgabe/Jahr, Seite

Ausgabe

Seite
(verlinkt mit
Anlagen)

- Berufskrankheiten“ (Typ II) – Analyse und Kritik an Rechtsprechung und Ordnungsgeber – Hinweis auf Aufsatz von Thomas Molken-
tin, Psychisch vermittelte Arbeitsunfälle und Wie-Berufskrankheiten
– aktuelle Lage – DOK 371:376.2
- 09 Arbeitsunfall unter nicht vollständig geklärten Umständen – Ableh-
nung der Zahlung einer Versichertenrente, da MdE lediglich 10 v. H.
beträgt – Versicherter begehrt Anerkennung einer posttraumati-
schen Belastungsstörung als Unfallfolge – UV-Träger und Gerichte
lehnen dies ab, da objektive Kriterien hierfür nicht vorliegen – Nicht-
zulassungsrevision beim BSG anhängig – Urteil des LSG Nieder-
sachsen-Bremen vom 29.08.2019 – L 16 U 129/16 – DOK 375 [322 - 336](#)
- 09 Schnittverletzung beim Zusägen von Holzstücken – Elternbeirats-
mitglied verletzt sich auf Privatgrundstück – kein Versicherungs-
schutz als ehrenamtlich Tätiger nach § 2 Abs. 1 Nr. 10 a SGB VII –
mangelnde Einflussmöglichkeit des öffentlichen Trägers auf Ausfüh-
rung der Arbeit – kein Versicherungsschutz nach § 2 Abs. 2 SGB
VII, wenn eine Tätigkeit Werksvertragscharakter aufweist – Revi-
sion zugelassen – Urteil des LSG Thüringen vom 30.04.2021 –
L 1 U 682/20 – DOK 311.10 [460 - 467](#)
- 11 Unfall bei Einstellungstest für die Berufsfeuerwehr – Voraussetzun-
gen des § 2 Abs. 1 Nr. 3 SGB VII nicht gegeben – Berufsfeuerwehr-
leute werden als nicht versicherungspflichtige Beamte eingestellt –
enge Wortlautauslegung hier notwendig – ebenfalls keine „Wie-Beschäftigung“ bei Eignungstest gegeben – Urteil des SG Düsseldorf vom 05.02.2021 – S 14 U 115/19 – DOK 311.03:312 [544 - 553](#)
- 12 Unfall im Heizungskeller eines privaten Wohnhauses – Defekt der
Heizungsanlage – Arbeiten eines selbständigen Busunternehmers
im Homeoffice – Prüfung der Heizungsanlage zwar objektiv auch im
Interesse der weiteren Bürotätigkeit – allerdings ist Unfallkausalität
abzulehnen – Heizungsanlage ist „eingebrachte Gefahr“ – Neufas-
sung des § 8 Abs. 1 SGB VII greift mangels Rückwirkungsklausel
nicht - Revision zugelassen – Urteil des Bayerischen LSG vom
12.05.2021 – L 3 U 373/18 – DOK 322:370.2:374.24 [590 - 604](#)

Impressum:

UV-Recht & Reha Aktuell (UVR) wird herausgegeben von der
Hochschule der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung (HGU)
Internet: www.dguv.de/hochschule

Verantwortlich für den Inhalt:

Dietmar Kaminski, Roswitha Rath
Tel.: 030 13001 6555, Fax: 030 13001 69586,
Email: UVR.Hochschule@dguv.de

Zitierweise:

UV-Recht & Reha Aktuell (UVR), Ausgabe/Jahr, Seite

Ausgabe

Seite
(verlinkt mit
Anlagen)

Wegeunfall

- 02 Fahrt eines ehrenamtlichen DRK Ortsvorsitzenden zur Generalversammlung eines befreundeten DRK Ortsvereins – dabei schwerer Verkehrsunfall – keine in der Satzung niedergelegte Tätigkeit – dennoch Versicherte Tätigkeit, weil Besuch der Öffentlichkeitsarbeit diente – Urteil des LSG Baden-Württemberg vom 30.04.2020 – L 10 U 4485/18 – DOK 311.12 [33 - 42](#)
- 02 Unfall im Zusammenhang mit einer stationären medizinischen Rehabilitation – Sturz nach einem abendlichen Gaststättenbesuch mit Mitpatienten – operativ versorgte Mittelgliedbasisfraktur am linken Ringfinger – kein Arbeitsunfall – kein Zusammenhang mit versicherter Tätigkeit nach § 2 Abs. 1 Nr. 15a SGB VII – kein Versicherungsschutz „rund um die Uhr“ – allgemeine Empfehlung der Klinik zu gemeinsamen Freizeitaktivitäten – nicht speziell auf den Rehabilitationsbedarf der Klägerin bezogen – Klägerin konnte nicht subjektiv davon ausgehen, dass Besuch in der Gaststätte behandlungsdienlich ist – Urteil des BSG vom 23.06.2020 – B 2 U 12/18 R – DOK 311.151:374.287 [43 - 52](#)
- 03 Tödlicher Verkehrsunfall – Klage der Hinterbliebenen auf Feststellung des Vorliegens eines Arbeitsunfalls – Klage unzulässig – kein Feststellungsinteresse nach § 55 Abs. 1 SGG – Klage zudem unbegründet – kein versicherter Wegeunfall – Nutzung der Route des üblichen Heimwegs alleine reicht nicht zur Feststellung des Zusammenhangs – Handlungstendenz nicht mit Vollbeweis feststellbar – bindende Feststellung des LSG – Überprüfung durch Revisionsgericht nur ein-geschränkt möglich – Abwägungsergebnis des LSG revisionsrechtlich nicht zu beanstanden – Grundsätze der materiellen Beweislast – Unaufklärbarkeit geht zu Lasten der Klägerin – Urteil des BSG vom 06.10.2020 – B 2 U 9/19 R – DOK 185.1:372.1:374.2 [124 - 133](#)
- 04 Unfall eines Chormitglieds auf dem Weg zum Auftritt – Prüfung verschiedener denkbarer Möglichkeiten versicherter Tätigkeit – § 34 Abs. 2 der Satzung der Unfallkasse Sachsen-Anhalt greift vorliegend nicht – hier liegt gespaltene Handlungstendenz vor – Singen zum Gemeinwohl nicht vorrangiges Motiv – vornehmliche Freude am Gesang ist eigenwirtschaftliches Motiv – insoweit kein Versicherungsschutz – Urteil des LSG Sachsen-Anhalt vom 24.09.2020 – L 6 U 14/20 – DOK 320:311.10 [145 - 153](#)

Impressum:

UV-Recht & Reha Aktuell (UVR) wird herausgegeben von der Hochschule der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung (HGU)
Internet: www.dguv.de/hochschule

Verantwortlich für den Inhalt:

Dietmar Kaminski, Roswitha Rath
Tel.: 030 13001 6555, Fax: 030 13001 69586,
Email: UVR.Hochschule@dguv.de

Zitierweise:

UV-Recht & Reha Aktuell (UVR), Ausgabe/Jahr, Seite

Ausgabe	Seite (verlinkt mit Anlagen)
04 Wegeunfall – sachlicher Zusammenhang – Fahrt mit der Straßenbahn – eigenwirtschaftliche Fahrtunterbrechung zur Abholung eines Rezepts – objektivierte Handlungstendenz – Differenzierung zwischen Fahrten mit individuell betriebenen Fahrzeugen einerseits und Fahrten mit öffentlichen Verkehrsmitteln bzw. zu Fuß zurückgelegten Wegen andererseits – Wechsel zwischen den Fortbewegungsmitteln – privatnützige Verrichtung objektiv erkennbar beendet – gemischte Motivationslage – Wahl der Wegstrecke – Urteil des LSG Sachsen vom 04.03.2020 – L 6 U 13/18 – DOK 372.12:372.4	174 - 192
06 Arbeiten im Homeoffice – morgendlicher Weg von den Wohnräumen zum Homeoffice – Treppensturz – häuslicher Bereich – kein Wegeunfall – kein Durchschreiten der Außenhaustür – kein Betriebsweg – Weg nicht im unmittelbaren Betriebsinteresse – diente ausschließlich erstmaligen Aufnahme der Tätigkeit am Unfalltag – reine Vorbereitungshandlung – keine Besserstellung von Beschäftigten im Homeoffice – Urteil des LSG Nordrhein-Westfalen vom 09.11.2020 – L 17 U 487/19 – DOK 371.1:371.2:372.11	282 - 291
09 Anerkannter Wegeunfall mit Verletztenrente nach einer MdE von 20 v. H. – Verschlimmerungsantrag – MdE-Erhöhung auf 30 v. H wegen Einsteifung des unteren Sprunggelenkes – Nichtberücksichtigung der Erhöhung gemäß § 48 Abs. 3 SGB X – „einfrieren“ der Verletztenrente auf die bisherige MdE von 20 v. H. – ursprüngliche Bescheide waren rechtswidrig – Wegeunfall zu Unrecht anerkannt – Handlungstendenz nicht auf Fortsetzung des Weges gerichtet – Wartezeit von 45 Minuten keine geringfügige Unterbrechung – Gespräch mit der Polizei ist dem unversicherten persönlichen Lebensbereich und nicht dem Heimweg zuzurechnen – kein innerer Zusammenhang bei üblichen Regulierungsgesprächen nach einem Verkehrsunfall – Bescheide können nicht mehr nach § 45 SGB X zurückgenommen werden, da Fristen nach § 45 Abs. 3 SGB X abgelaufen sind – Zulassung der Revision wegen grundsätzlicher Bedeutung – Urteil des LSG Hamburg vom 13.01.2021 – L 2 U 51/19 – DOK 143.265:372.12:374.28	438 - 448
10 Versicherter Wegeunfall – Weg vom Firmenparkplatz zur Arbeitsstätte – wenige Schritte vom Pkw entfernt – Umdrehen und Stolpern – Absicht zum Pkw zurückzukehren, um Verschlussensein zu überprüfen – geringfügige Unterbrechung – geplantes Handeln konnte in seiner Gesamtheit „ganz nebenher“ erledigt werden – Urteil des	511 - 523

Ausgabe	Seite (verlinkt mit Anlagen)
Bayerischen LSG vom 10.02.2021 – L 3 U 54/19 – DOK 372.12:374.28	
11 Verlassen des unmittelbaren Wegs zum Einkaufen – Abweg – Beendigung des Abweges erst bei Wiedererreichen des direkten Heimweges – es ist unerheblich, welcher Weg zur Wiedererreichung des direkten Heimweges günstiger (kürzer) ist – Unterbrechung nicht geringfügig – Urteil des LSG Saarland vom 09.12.2020 – L 7 U 4/20 – DOK 372.12:374.28	554 - 560
12 Gemeinsame Fahrt von Eheleuten mit dem Motorrad nach Urlaubsabwesenheit zur beruflichen Tätigkeit im Autohaus – Verkehrsunfall – Ehefrau schwer und Ehemann tödlich verletzt – Klage der Ehefrau auf Erstattung von Heilbehandlungskosten und Zahlung von Hinterbliebenenleistungen – Aufhebung des Berufungsurteils und Zurückverweisung an das LSG zur erneuten Entscheidung – tatrichterliche Feststellungen reichen nicht aus – subjektive Handlungstendenz der Klägerin und ihres Ehemanns zum Unfallzeitpunkt nicht festgestellt – auch fehlen Feststellungen, ob es sich um den unmittelbaren Weg vom dritten Ort zur Betriebs- bzw. Arbeitsstätte handelte – Urteil des LSG stützt sich tragend darauf, dass der Weg der Eheleute vom dritten Ort unangemessen länger ist als der "übliche" Weg zur Arbeitsstätte – BSG hat diese Rechtsprechung zum „wertenden Angemessenheitsvergleich“ mit der üblichen Wegstrecke zwischenzeitlich aufgegeben – Urteil des BSG vom 10.08.2021 – B 2 U 2/20 R – DOK 372.11	605 - 615

Ausgabe

Seite
(verlinkt mit
Anlagen)

Berufskrankheiten

- 02 Überblick über die Änderungen des SGB VII durch das 7. SGB-IV-Änderungsgesetz – Änderungen des BK-Rechts – Wegfall des Unterlassungszwangs – Änderung der §§ 90, 91 SGB VII – Fortfall des DO-Rechts – Verleihung der Dienstherrenfähigkeit – Hinweis auf Aufsatz von Wolfgang Römer und Wolfgang Keller, Neues vom Gesetzgeber im Recht der gesetzlichen Unfallversicherung – Die Änderungen durch das 7. SGB-IV-Änderungsgesetz – DOK 311.15:376:402: 92 [92](#)
- 05 Kein Nachweis eines Zeckenbisses im fraglichen Zeitraum während der Tätigkeit als Erzieherin in einem Waldkindergarten – damit Beweisanforderungen zum Nachweis der Voraussetzungen für eine BK Nr. 3102 nicht erfüllt – Klageerweiterung im Berufungsverfahren um Untätigkeitsklage nicht sachdienlich – Urteil des LSG Niedersachsen-Bremen vom 14.05.2020 – L 14 U 172/15 – DOK 376.3-3102:185.3 [230 - 238](#)
- 06 58-jähriger Versicherter erkrankt an einem Harnblasentumor – während langjähriger Tätigkeit als Schweißer hatte er Kontakt mit Prüfspray, das aromatische Amine enthielt – Beklagte lehnte Anerkennung mangels Ursächlichkeit der beruflichen Exposition ab – Bestätigung dieser Auffassung durch das LSG – Revision anhängig – Urteil des LSG Baden-Württemberg vom 29.09.2020 – L 9 U 488/17 – DOK 376.3-1301 [303 - 321](#)
- 07 Prüfung des Vorliegens einer BK 1317 bei einem Drucker – Aufhebung und Zurückverweisung der ablehnenden Entscheidung des LSG – Abwägungsausfall hinsichtlich der entscheidungserheblichen Tatsachen – Auch bei Einhaltung der Arbeitsplatzgrenzwerte kann im Einzelfall von einer Gefährdung auszugehen sein – Erscheinen eines neuen Merkblatts zu der BK in der Zwischenzeit – Im Hinblick darauf ist Gericht gedrängt, besonders kritisch im Überprüfungsverfahren vorzugehen – Urteil des BSG vom 16.03.2021 – B 2 U 11/19 R – DOK 376.3-1317 [337 - 350](#)

Impressum:

UV-Recht & Reha Aktuell (UVR) wird herausgegeben von der Hochschule der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung (HGU)
Internet: www.dguv.de/hochschule

Verantwortlich für den Inhalt:

Dietmar Kaminski, Roswitha Rath
Tel.: 030 13001 6555, Fax: 030 13001 69586,
Email: UVR.Hochschule@dguv.de

Zitierweise:

UV-Recht & Reha Aktuell (UVR), Ausgabe/Jahr, Seite

Ausgabe	Seite (verlinkt mit Anlagen)
07 Anerkennung einer Siderofibrose bei einem Stahlschlosser – Fortsetzung des Verfahrens auf Vorliegen einer BK auch den Erben des Versicherten im Wege der Feststellungsklage möglich – Ausdrückliches Abrücken des Senats von einer früheren anderen rechtlichen Bewertung dieser Frage – Bestimmung des Tatbestandsmerkmals der „extremen“ Einwirkung bei der BK 4115 – bei einer Schweißrauchkonzentration von 5,5 mg/m ³ als gegeben anzusehen – Urteil des BSG vom 16.03.2021 – B 2 U 7/19 R – DOK 376.3-4115	351 - 366
07 Bestandsaufnahme der rechtlichen Bewertung psychisch vermittelter Versicherungsfälle – Arbeitsunfallereignisse (Typ I) und „Wie-Berufskrankheiten“ (Typ II) – Analyse und Kritik an Rechtsprechung und Ordnungsgeber – Hinweis auf Aufsatz von Thomas Molken- tin, Psychisch vermittelte Arbeitsunfälle und Wie-Berufskrankheiten – aktuelle Lage – DOK 371:376.2	367
09 Sonderrechtsnachfolge bei Versterben des Versicherten während des erstinstanzlichen Klageverfahrens – Pauschale Ablehnung von Leistungsansprüchen in einem den Versicherungsfall ablehnenden Bescheid ist nicht als Ablehnung sämtlicher einzelnen Leistungen zu sehen – Überprüfung im Zugunstenverfahren gem. § 44 SGB X hindert das Erlöschen etwaiger Geldleistungen nach § 59 S. 2 SGB I – Es besteht ein Feststellungsinteresse der Erben an der Fortführung des Rechtsstreites hinsichtlich der Frage, ob der Versicherte an einer BK 4105 erkrankt war – Zurückverweisung der Entscheidung an das Instanzgericht – Urteil des BSG vom 16.03.2021 – B 2 U 17/19 R – DOK 113:143.261:185.1	423 - 437
09 Erkrankung eines Mitglieds der freiwilligen Feuerwehr an Hepatitis B – Ablehnung der Anerkennung als BK Nr. 3101 – Keine erhöhte Infektionsgefahr bei seiner Tätigkeit, die eine Gleichstellung mit Versicherten im Gesundheitswesen rechtfertigen würde – Revision zugelassen – Urteil des LSG Rheinland-Pfalz vom 22.03.2021 – L 2 U 117/20 – DOK 376.3-3101	468 - 488

Ausgabe	Seite (verlinkt mit Anlagen)
11 Mehrjährige Tätigkeit als Profihandballspieler – professionelles Handballspiel ist kniebelastende Tätigkeit i.S. der BK Nr. 2102 – Mindestexpositionszeit von 3200 Stunden entbehrt rechtlicher und wissenschaftlicher Grundlage – Konkretisierung und Festlegung erforderlicher Belastungsdosis ist Aufgabe des Gesetz-, bzw. Verordnungsgebers – Urteil des LSG Baden-Württemberg vom 19.03.2021 – L 8 U 1828/19 – DOK 376.3-2102	561 - 577
12 Keine Anerkennung eines Kehlkopfkrebses bei einem Schweißer als BK Nr. 1103 – Keine Dosis-Wirkungs-Beziehung bei dieser BK im Tatbestand bestimmt – 2-stufige Prüfung bei Ursachenzusammenhang nötig – Frage der rechtlichen Wesentlichkeit orientiert sich am Schutzbereich der Norm – angenommenes Risiko von $\frac{1}{4}$ durch Chromat Exposition im Verhältnis zu einem $\frac{3}{4}$ Risiko durch Nikotinexposition als nicht rechtlich wesentlich angesehen – Revision zugelassen – Urteil des LSG Baden-Württemberg vom 02.08.2021 – L 1 U 151/21 – DOK 376.3-1103	616 - 634

Ausgabe

Seite
(verlinkt mit
Anlagen)

MdE / Rente / haftungsausfüllende Kausalität

- 03 Überzahlung einer Versichertenrente auf das Konto des Sohnes des Verstorbenen – Rückforderung vom Kontoinhaber nach Auflösung des Kontos – hier keine Sperrwirkung des Anspruchs nach § 96 Abs. 3 SGB VII gegenüber dem Anspruch aus § 96 Abs. 4 SGB VII – Anforderungen an die Befreiung von der Rücküberweisungspflicht bei einer Bank – Urteil des Hessischen LSG vom 25.08.2020 – L 3 U 73/19 – DOK 143.27 [93 - 109](#)
- 03 Entziehung einer Rente wegen Wegfall der MdE – Verstoß gegen die Gewährung rechtlichen Gehörs – 7-Tage-Frist für Stellungnahme zu umfangreichem psychiatrischem Gutachten ist zu kurz – Gericht benennt exakte Anforderungen an den Nachweis wesentlicher Änderungen bei einer psychischen Erkrankung – für die MdE-Bewertung sind nicht medizinische Diagnosen, sondern Funktionseinschränkungen entscheidend – Fehleinschätzungen bei der ursprünglichen Anerkennung einer PTBS dürfen nicht mit dem Argument einer „Verschiebung der Wesensgrundlage“ „korrigiert“ werden – auch sekundäre Verschlimmerung der anerkannten PTBS denkbar – bei nicht abgrenzbarer Beteiligung eines unfallfremden Gesundheitsschadens muss es bei der Entschädigung des anerkannten Unfallereignisses bleiben, aufgrund des in der ges. Unfallversicherung geltenden Alles-oder-Nichts-Prinzips – bei fehlender Sachkunde ist es dem Tatsachengericht verwehrt, medizinische Bewertungen selbst vorzunehmen – Urteil des BSG vom 06.10.2020 – B 2 U 10/19 R – DOK 143.265:375 [110 - 123](#)
- 03 Entstehung und Grundzüge der neuen MdE-Eckwertetabelle – Rechtsqualität der MdE-Tabelle und konsentierter aktueller Erkenntnisstand – Hinweis auf Aufsatz von von Marcus Schiltewolf, Michael Wich und Dirk Scholtysik, Die neue MdE-Eckwertetabelle der DGUV – Wissenschaftlicher Erkenntnisstand und Umsetzungsempfehlung, MedSach 116 5/2020, Seiten 219-222 – DOK 451 [144](#)

Impressum:

UV-Recht & Reha Aktuell (UVR) wird herausgegeben von der Hochschule der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung (HGU)
Internet: www.dguv.de/hochschule

Verantwortlich für den Inhalt:

Dietmar Kaminski, Roswitha Rath
Tel.: 030 13001 6555, Fax: 030 13001 69586,
Email: UVR.Hochschule@dguv.de

Zitierweise:

UV-Recht & Reha Aktuell (UVR), Ausgabe/Jahr, Seite

Ausgabe	Seite (verlinkt mit Anlagen)
07 Arbeitsunfall unter nicht vollständig geklärten Umständen – Ablehnung der Zahlung einer Versichertenrente, da MdE lediglich 10 v. H. beträgt – Versicherter begehrt Anerkennung einer posttraumatischen Belastungsstörung als Unfallfolge – UV-Träger und Gerichte lehnen dies ab, da objektive Kriterien hierfür nicht vorliegen – Nichtzulassungsrevision beim BSG anhängig – Urteil des LSG Niedersachsen-Bremen vom 29.08.2019 – L 16 U 129/16 – DOK 375	322 - 336
09 Anerkannter Wegeunfall mit Verletztenrente nach einer MdE von 20 v. H. – Verschlimmerungsantrag – MdE-Erhöhung auf 30 v. H wegen Einsteifung des unteren Sprunggelenkes – Nichtberücksichtigung der Erhöhung gemäß § 48 Abs. 3 SGB X – „einfrieren“ der Verletztenrente auf die bisherige MdE von 20 v. H. – ursprüngliche Bescheide waren rechtswidrig – Wegeunfall zu Unrecht anerkannt – Handlungstendenz nicht auf Fortsetzung des Weges gerichtet – Wartezeit von 45 Minuten keine geringfügige Unterbrechung – Gespräch mit der Polizei ist dem unversicherten persönlichen Lebensbereich und nicht dem Heimweg zuzurechnen – kein innerer Zusammenhang bei üblichen Regulierungsgesprächen nach einem Verkehrsunfall – Bescheide können nicht mehr nach § 45 SGB X zurückgenommen werden, da Fristen nach § 45 Abs. 3 SGB X abgelaufen sind – Zulassung der Revision wegen grundsätzlicher Bedeutung – Urteil des LSG Hamburg vom 13.01.2021 – L 2 U 51/19 – DOK 143.265:372.12:374.28	438 - 448
10 Naturwissenschaftlich-philosophische Konzeption der Kausalität – Systematik der Beurteilung der Kausalität – rechtlich wesentliche Ursache und das Kontrafaktische – Irrtümer bei Gutachten – Checkliste für Begutachtungen – Hinweis auf Aufsatz von Andreas Stevens, Begutachtung der Kausalität – DOK 374:375:412.8	530 - 531
10 MdE-Eckwerte für sonstige Unfallfolgen der Arme, Beine, des Beckens und der Wirbelsäule – konsentierter Vorschlag der Sektion Begutachtung der Deutschen Gesellschaft für Orthopädie und Unfallchirurgie – Diskussionsgrundlage für eine allgemein konsentiertere Neubewertung der MdE – Hinweis auf Aufsatz von K. Dresing, T. Eyfferth, P. W. Galdzik, M. Grotz, S. Lundin, M. Schiltewolf, K.-D. Thomann, J. Zeichen, Zur Diskussion: Referenzwerte für muskuloskelettale Verletzungsfolgen zur Einschätzung der Minderung der Erwerbsfähigkeit (MdE) nach SGB VII – ein konsentierter Vorschlag der Sektion Begutachtung der Deutschen Gesellschaft für Orthopädie und Unfallchirurgie – DOK 412.8:451	532

Ausgabe

Seite
(verlinkt mit
Anlagen)

Heilbehandlung / sonstige Leistungen / allgemeines Leistungsrecht (SGB I)

- 09 Sonderrechtsnachfolge bei Versterben des Versicherten während des erstinstanzlichen Klageverfahrens – Pauschale Ablehnung von Leistungsansprüchen in einem den Versicherungsfall ablehnenden Bescheid ist nicht als Ablehnung sämtlicher einzelnen Leistungen zu sehen – Überprüfung im Zugunstenverfahren gem. § 44 SGB X hindert das Erlöschen etwaiger Geldleistungen nach § 59 S. 2 SGB I – Es besteht ein Feststellungsinteresse der Erben an der Fortführung des Rechtsstreites hinsichtlich der Frage, ob der Versicherte an einer BK 4105 erkrankt war – Zurückverweisung der Entscheidung an das Instanzgericht – Urteil des BSG vom 16.03.2021 – B 2 U 17/19 R – DOK 113:143.261:185.1 [423 - 437](#)
- 11 Zahlung von RV-Beiträgen während des Verletztengeldbezuges – Beitragspflicht besteht bis ein Jahr nach Beendigung der versicherungspflichtigen Tätigkeit, gem. § 3 S. 1 Nr. 3 SGB VI – Nachforderung der Rentenversicherung in diesem Falle rechtmäßig – Vorgehen zur Berechnung der Säumniszuschläge in § 24 Abs. 1 S. 1 SGB VI zwingend vorgegeben – Urteil des BSG vom 16.06.2021 – B 5 RE 7/19 – DOK 124.6 [533 - 543](#)

Ausgabe

Seite
(verlinkt mit
Anlagen)

Zuständigkeit / UV-Pflichtmitgliedschaft

- 02 Kein Anspruch auf Überweisung an eine andere Berufsgenossenschaft – keine wesentliche Änderung bei einem Unternehmen der Tierkörperverwertung, auch wenn der Logistikbereich in der Zwischenzeit den personellen und wirtschaftlichen Schwerpunkt bildet – Logistikbereich ist integraler Bestandteil des Gesamtunternehmens– Urteil des LSG NRW vom 05.06.2020 – L 4 U 751/16 – DOK 512.5 [53 - 75](#)
- 05 Statusfeststellungsverfahren eines Rentenversicherungsträgers – Statusrechtliche Stellung einer Apothekenpraxisvertreterin – ursprüngliche Bewertung als Beschäftigte von LSG aufgehoben – Gesamtbild der Umstände führt zur Bewertung als Selbständige – insofern Vergleichbarkeit mit Praxisvertretung bei niedergelassenem Arzt – Urteil des LSG Nordrhein-Westfalen vom 10.06.2020 – L 8 BA 6/18 – DOK 121.2:311.01 [195 - 209](#)

Impressum:

UV-Recht & Reha Aktuell (UVR) wird herausgegeben von der Hochschule der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung (HGU)
Internet: www.dguv.de/hochschule

Verantwortlich für den Inhalt:

Dietmar Kaminski, Roswitha Rath
Tel.: 030 13001 6555, Fax: 030 13001 69586,
Email: UVR.Hochschule@dguv.de

Zitierweise:

UV-Recht & Reha Aktuell (UVR), Ausgabe/Jahr, Seite

Ausgabe

Seite
(verlinkt mit
Anlagen)

Beitrag

- 02 Fußballverein mit verschiedenen Herrenmannschaften, u. a. einem in der Regionalliga West – Heranziehung zu Anteilen der gemeinsamen Lastentragung rechtens – Kein eigenständiger Begriff der Gemeinnützigkeit im Recht der gesetzlichen Unfallversicherung – maßgeblich vielmehr §§ 51 ff. Abgabenordnung – Revision wegen grundsätzlicher Bedeutung zugelassen – Urteil des LSG Nordrhein-Westfalen vom 31.07.2020 – L 4 U 619/18 – DOK 537.1 [76 - 91](#)
- 06 Beitragspflicht eines starken vorläufigen Insolvenzverwalters ist Masseschuld – keine Gleichstellung mit Arbeitsentgelt und Gesamtsozialversicherungsbeitrag – Voraussetzungen für eine analoge Anwendung des § 55 Abs. 3 S. 2 InsO nicht gegeben – sachliche Rechtfertigung dieser rechtlichen Bewertung durch Sonderstellung der gesetzlichen Unfallversicherung – Bestätigung der instanzgerichtlichen Entscheidungen durch das BSG – Urteil des BSG vom 15.12.2020 – B 2 U 14/19 R – DOK 095.2 [260 - 270](#)
- 09 Überprüfungsverfahren hinsichtlich der Beitragserhebung für Schüler einer landesrechtlich anerkannten Ersatzschule – Versicherungsschutz nach § 2 Abs. 1 Nr. 8 b SGB VII für diesen Personenkreis – von der BSG-Rechtsprechung aufgestellte Voraussetzungen des schulrechtlichen Abschlusses nach Landesrecht gegeben – daher gem. § 185 Abs. 2 S. 1 SGB VII keine Beitragspflicht – Revision anhängig – Urteil des LSG Thüringen vom 09.07.2020 – L 1 U 960/19 – DOK 531:311.082:311.02:518.32 [449 - 459](#)
- 10 Überprüfungsverfahren hinsichtlich der Beitragserhebung für Schüler einer landesrechtlich anerkannten Ersatzschule – Versicherungsschutz nach § 2 Abs. 1 Nr. 8 b SGB VII für diesen Personenkreis – von der BSG-Rechtsprechung aufgestellte Voraussetzungen des schulrechtlichen Abschlusses nach Landesrecht gegeben – daher gem. § 185 Abs. 2 S. 1 SGB VII keine Beitragspflicht – Revision anhängig – Urteil des LSG Thüringen vom 09.07.2020 – L 1 U 969/19 – DOK 311.02:311.082:518.32:531 [497 - 510](#)

Impressum:

UV-Recht & Reha Aktuell (UVR) wird herausgegeben von der Hochschule der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung (HGU)
Internet: www.dguv.de/hochschule

Verantwortlich für den Inhalt:

Dietmar Kaminski, Roswitha Rath
Tel.: 030 13001 6555, Fax: 030 13001 69586,
Email: UVR.Hochschule@dguv.de

Zitierweise:

UV-Recht & Reha Aktuell (UVR), Ausgabe/Jahr, Seite

Ausgabe

Seite
(verlinkt mit
Anlagen)

- 11 Aktuelle Situation des Berufssports in der Gesetzlichen Unfallversicherung – Problem der „strukturellen“ Unterdeckung – Lösungsmöglichkeiten durch Leistungseinschränkungen oder Verbesserung der Finanzierungsgrundlagen – Hinweis auf Aufsatz von Andreas Kranig, Berufssport und Gesetzliche Unfallversicherung – Aktuelle Probleme/ Lösungsoptionen (Teil I u. II) – DOK
311.01:531

[578 - 579](#)

Ausgabe

Seite
(verlinkt mit
Anlagen)

Regress / Haftungsbeschränkung

- 05 Regressanspruch eines UV-Trägers nach § 110 SGB VII – grob fahrlässiges Verhalten bei dem Produktionsleiter und dem Geschäftsführer bejaht – Verwendung einer Pressmaschine nur mit Fußschalter ohne weitere Handschutzmaßnahmen – Urteil des OLG Karlsruhe vom 12.09.2019 – 7 U 213/18 – DOK 745.23:750.0 [239 - 259](#)
- 10 Rückforderungsanspruch bereits erstatteter Leistungen von privatem Haftpflichtversicherer gegenüber RV-Träger – Forderungsübergang auf den Rentenversicherungsträger, der nach einem Verkehrsunfall auf Antrag des bei ihm versicherten Vaters Leistungen für eine sog. Kinderheilbehandlung an die durch den Unfall geschädigte, nicht rentenversicherte Tochter erbracht hat – für den Forderungsübergang ist es nach dem Wortlaut sowie nach Sinn und Zweck des § 116 Abs. 1 Satz 1 SGB X unerheblich, ob der Geschädigte an diesem beteiligt oder durch die Leistungspflicht nur begünstigt ist – Urteil des BGH vom 19.01.2021 – VI ZR 125/20 – DOK 750 [524 - 529](#)

Impressum:

UV-Recht & Reha Aktuell (UVR) wird herausgegeben von der Hochschule der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung (HGU)
Internet: www.dguv.de/hochschule

Verantwortlich für den Inhalt:

Dietmar Kaminski, Roswitha Rath
Tel.: 030 13001 6555, Fax: 030 13001 69586,
Email: UVR.Hochschule@dguv.de

Zitierweise:

UV-Recht & Reha Aktuell (UVR), Ausgabe/Jahr, Seite

Ausgabe

Seite
(verlinkt mit
Anlagen)

Verwaltungsverfahren (SGB X)

- 03 Entziehung einer Rente wegen Wegfall der MdE – Verstoß gegen die Gewährung rechtlichen Gehörs – 7-Tage-Frist für Stellungnahme zu umfangreichem psychiatrischem Gutachten ist zu kurz – Gericht benennt exakte Anforderungen an den Nachweis wesentlicher Änderungen bei einer psychischen Erkrankung – für die MdE-Bewertung sind nicht medizinische Diagnosen, sondern Funktionseinschränkungen entscheidend – Fehleinschätzungen bei der ursprünglichen Anerkennung einer PTBS dürfen nicht mit dem Argument einer „Verschiebung der Wesensgrundlage“ „korrigiert“ werden – auch sekundäre Verschlimmerung der anerkannten PTBS denkbar – bei nicht abgrenzbarer Beteiligung eines unfallfremden Gesundheitsschadens muss es bei der Entschädigung des anerkannten Unfallereignisses bleiben, aufgrund des in der ges. Unfallversicherung geltenden Alles-oder-Nichts-Prinzips – bei fehlender Sachkunde ist es dem Tatsachengericht verwehrt, medizinische Bewertungen selbst vorzunehmen – Urteil des BSG vom 06.10.2020 – B 2 U 10/19 R – DOK 143.265:375 [110 - 123](#)
- 09 Anerkannter Wegeunfall mit Verletztenrente nach einer MdE von 20 v. H. – Verschlimmerungsantrag – MdE-Erhöhung auf 30 v. H. wegen Einsteifung des unteren Sprunggelenkes – Nichtberücksichtigung der Erhöhung gemäß § 48 Abs. 3 SGB X – „einfrieren“ der Verletztenrente auf die bisherige MdE von 20 v. H. – ursprüngliche Bescheide waren rechtswidrig – Wegeunfall zu Unrecht anerkannt – Handlungstendenz nicht auf Fortsetzung des Weges gerichtet – Wartezeit von 45 Minuten keine geringfügige Unterbrechung – Gespräch mit der Polizei ist dem unversicherten persönlichen Lebensbereich und nicht dem Heimweg zuzurechnen – kein innerer Zusammenhang bei üblichen Regulierungsgesprächen nach einem Verkehrsunfall – Bescheide können nicht mehr nach § 45 SGB X zurückgenommen werden, da Fristen nach § 45 Abs. 3 SGB X abgelaufen sind – Zulassung der Revision wegen grundsätzlicher Bedeutung – Urteil des LSG Hamburg vom 13.01.2021 – L 2 U 51/19 – DOK 143.265:372.12:374.28 [438 - 448](#)
- 09 Sonderrechtsnachfolge bei Versterben des Versicherten während des erstinstanzlichen Klageverfahrens – Pauschale Ablehnung von Leistungsansprüchen in einem den Versicherungsfall ablehnenden Bescheid ist nicht als Ablehnung sämtlicher einzelnen Leistungen [423 - 437](#)

Impressum:

UV-Recht & Reha Aktuell (UVR) wird herausgegeben von der Hochschule der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung (HGU)
Internet: www.dguv.de/hochschule

Verantwortlich für den Inhalt:

Dietmar Kaminski, Roswitha Rath
Tel.: 030 13001 6555, Fax: 030 13001 69586,
Email: UVR.Hochschule@dguv.de

Zitierweise:

UV-Recht & Reha Aktuell (UVR), Ausgabe/Jahr, Seite

Ausgabe

Seite
(verlinkt mit
Anlagen)

- zu sehen – Überprüfung im Zugunstenverfahren gem. § 44 SGB X hindert das Erlöschen etwaiger Geldleistungen nach § 59 S. 2 SGB I – Es besteht ein Feststellungsinteresse der Erben an der Fortführung des Rechtsstreites hinsichtlich der Frage, ob der Versicherte an einer BK 4105 erkrankt war – Zurückverweisung der Entscheidung an das Instanzgericht – Urteil des BSG vom 16.03.2021 – B 2 U 17/19 R – DOK 113:143.261:185.1
- 10 Überprüfung der Ablehnung einer BK gem. § 44 SGB X – keine Durchbrechung der Rechtskraft einer zuvor getroffenen Entscheidung im Zuge einer Feststellungsklage – anders als bei einer kombinierten Anfechtungs-, Verpflichtungs- oder Leistungsklage – Urteil des LSG Baden-Württemberg vom 05.10.2020 – L 12 U 3510/19 – DOK 143.261:185 [489 - 496](#)
- 10 Überprüfungsverfahren hinsichtlich der Beitragserhebung für Schüler einer landesrechtlich anerkannten Ersatzschule – Versicherungsschutz nach § 2 Abs. 1 Nr. 8 b SGB VII für diesen Personenkreis – von der BSG-Rechtsprechung aufgestellte Voraussetzungen des schulrechtlichen Abschlusses nach Landesrecht gegeben – daher gem. § 185 Abs. 2 S. 1 SGB VII keine Beitragspflicht – Revision anhängig – Urteil des LSG Thüringen vom 09.07.2020 – L 1 U 969/19 – DOK 311.02:311.082:518.32:531 [497 - 510](#)

Sozialgerichtsverfahren (SGG)

- 03 Entziehung einer Rente wegen Wegfall der MdE – Verstoß gegen die Gewährung rechtlichen Gehörs – 7-Tage-Frist für Stellungnahme zu umfangreichem psychiatrischem Gutachten ist zu kurz – Gericht benennt exakte Anforderungen an den Nachweis wesentlicher Änderungen bei einer psychischen Erkrankung – für die MdE-Bewertung sind nicht medizinische Diagnosen, sondern Funktionseinschränkungen entscheidend – Fehleinschätzungen bei der ursprünglichen Anerkennung einer PTBS dürfen nicht mit dem Argument einer „Verschiebung der Wesensgrundlage“ „korrigiert“ werden – auch sekundäre Verschlimmerung der anerkannten PTBS denkbar – bei nicht abgrenzbarer Beteiligung eines unfallfremden Gesundheitsschadens muss es bei der Entschädigung des anerkannten Unfallereignisses bleiben, aufgrund des in der ges. Unfallversicherung geltenden Alles-oder-Nichts-Prinzips – bei fehlender Sachkunde ist es dem Tatsachengericht verwehrt, medizinische Bewertungen selbst vorzunehmen – Urteil des BSG vom 06.10.2020 – B 2 U 10/19 R – DOK 143.265:375 [110 - 123](#)
- 03 Tödlicher Verkehrsunfall – Klage der Hinterbliebenen auf Feststellung des Vorliegens eines Arbeitsunfalls – Klage unzulässig – kein Feststellungsinteresse nach § 55 Abs. 1 SGG – Klage zudem unbegründet – kein versicherter Wegeunfall – Nutzung der Route des üblichen Heimwegs alleine reicht nicht zur Feststellung des Zusammenhangs – Handlungstendenz nicht mit Vollbeweis feststellbar – bindende Feststellung des LSG – Überprüfung durch Revisionsgericht nur ein-geschränkt möglich – Abwägungsergebnis des LSG revisionsrechtlich nicht zu beanstanden – Grundsätze der materiellen Beweislast – Unaufklärbarkeit geht zu Lasten der Klägerin – Urteil des BSG vom 06.10.2020 – B 2 U 9/19 R – DOK 185.1:372.1:374.2 [124 - 133](#)
- 05 Kein Nachweis eines Zeckenbisses im fraglichen Zeitraum während der Tätigkeit als Erzieherin in einem Waldkindergarten – damit Beweisanforderungen zum Nachweis der Voraussetzungen für eine BK Nr. 3102 nicht erfüllt – Klageerweiterung im Berufungsverfahren um Untätigkeitsklage nicht sachdienlich – Urteil des LSG Niedersachsen-Bremen vom 14.05.2020 – L 14 U 172/15 – DOK 376.3-3102:185.3 [230 - 238](#)

Ausgabe	Seite (verlinkt mit Anlagen)
09 Sonderrechtsnachfolge bei Versterben des Versicherten während des erstinstanzlichen Klageverfahrens – Pauschale Ablehnung von Leistungsansprüchen in einem den Versicherungsfall ablehnenden Bescheid ist nicht als Ablehnung sämtlicher einzelnen Leistungen zu sehen – Überprüfung im Zugunstenverfahren gem. § 44 SGB X hindert das Erlöschen etwaiger Geldleistungen nach § 59 S. 2 SGB I – Es besteht ein Feststellungsinteresse der Erben an der Fortführung des Rechtsstreites hinsichtlich der Frage, ob der Versicherte an einer BK 4105 erkrankt war – Zurückverweisung der Entscheidung an das Instanzgericht – Urteil des BSG vom 16.03.2021 – B 2 U 17/19 R – DOK 113:143.261:185.1	423 - 437
10 Überprüfung der Ablehnung einer BK gem. § 44 SGB X – keine Durchbrechung der Rechtskraft einer zuvor getroffenen Entscheidung im Zuge einer Feststellungsklage – anders als bei einer kombinierten Anfechtungs-, Verpflichtungs- oder Leistungsklage – Urteil des LSG Baden-Württemberg vom 05.10.2020 – L 12 U 3510/19 – DOK 143.261:185	489 - 496
11 Unfall bei Einstellungstest für die Berufsfeuerwehr – Voraussetzungen des § 2 Abs. 1 Nr. 3 SGB VII nicht gegeben – Berufsfeuerwehrlleute werden als nicht versicherungspflichtige Beamte eingestellt – enge Wortlautauslegung hier notwendig – ebenfalls keine „Wie-Beschäftigung“ bei Eignungstest gegeben – Urteil des SG Düsseldorf vom 05.02.2021 – S 14 U 115/19 – DOK 311.03:312	544 - 553
11 Mehrjährige Tätigkeit als Profihandballspieler – professionelles Handballspiel ist kniebelastende Tätigkeit i.S. der BK Nr. 2102 – Mindestexpositionszeit von 3200 Stunden entbehrt rechtlicher und wissenschaftlicher Grundlage – Konkretisierung und Festlegung erforderlicher Belastungsdosis ist Aufgabe des Gesetz-, bzw. Verordnungsgebers – Urteil des LSG Baden-Württemberg vom 19.03.2021 – L 8 U 1828/19 – DOK 376.3-2102	561 - 577
12 Nichtäußerung eines Verfahrensbevollmächtigten nach stattgehabter Aktenübersendung – Betreibensaufforderung durch Gericht nach 3 Monaten und mehrmaliger Aufforderung, eine Klagebegründung vorzulegen – Fiktion der Klagerücknahme nach § 102 Abs. 2 SGG angesichts des Wegfalls des Rechtsschutzinteresses rechtens – Urteil des Bayerischen LSG vom 14.04.2018 – L 3 U 353/18 – DOK 185.6	580 - 589

Ausgabe

Seite
(verlinkt mit
Anlagen)

Sonstiges Verfahrensrecht

- 04 Reform des Berufskrankheitenrechts zum 01.01.2021 – Reformdiskussion und Entwicklungen bis zur Reform – Inhalte der BK Reform – Wegfall des Unterlassungszwanges – Herausgreifen von Altfällen gem. § 12 BKV – Verstärkung der Prävention – Rechtliche Fundierung des ÄSVB in § 9 Abs. 1a SGB VII – Hinweis auf Aufsatz von A. Kranig, Die Probleme der Berufskrankheiten gelöst? – DOK 376 [193 - 194](#)

Ausgabe

Seite
(verlinkt mit
Anlagen)

Rehabilitation und Teilhabe behinderter Menschen (SGB IX)

- 02 Unfall im Zusammenhang mit einer stationären medizinischen Rehabilitation – Sturz nach einem abendlichen Gaststättenbesuch mit Mitpatienten – operativ versorgte Mittelgliedbasisfraktur am linken Ringfinger – kein Arbeitsunfall – kein Zusammenhang mit versicherter Tätigkeit nach § 2 Abs. 1 Nr. 15a SGB VII – kein Versicherungsschutz „rund um die Uhr“ – allgemeine Empfehlung der Klinik zu gemeinsamen Freizeitaktivitäten – nicht speziell auf den Rehabilitationsbedarf der Klägerin bezogen – Klägerin konnte nicht subjektiv davon ausgehen, dass Besuch in der Gaststätte behandlungsdienlich ist – Urteil des BSG vom 23.06.2020 – B 2 U 12/18 R – DOK 311.151:374.287 [43 - 52](#)

Ausgabe

Seite
(verlinkt mit
Anlagen)

Hinterbliebenenleistungen

- 03 Tödlicher Verkehrsunfall – Klage der Hinterbliebenen auf Feststellung des Vorliegens eines Arbeitsunfalls – Klage unzulässig – kein Feststellungsinteresse nach § 55 Abs. 1 SGG – Klage zudem unbegründet – kein versicherter Wegeunfall – Nutzung der Route des üblichen Heimwegs alleine reicht nicht zur Feststellung des Zusammenhangs – Handlungstendenz nicht mit Vollbeweis feststellbar – bindende Feststellung des LSG – Überprüfung durch Revisionsgericht nur ein-geschränkt möglich – Abwägungsergebnis des LSG revisionsrechtlich nicht zu beanstanden – Grundsätze der materiellen Beweislast – Unaufklärbarkeit geht zu Lasten der Klägerin – Urteil des BSG vom 06.10.2020 – B 2 U 9/19 R – DOK 185.1:372.1:374.2 [124 - 133](#)
- 06 Tödlicher Sturz eines Vorstandsmitglieds einer AG vom Gebäudedach – freiwillige Unternehmensversicherung lag nicht vor – kein Beschäftigungsverhältnis bei unfallbringender Tätigkeit – Mitglieder des Vorstandes einer AG sind generell nicht versicherungspflichtig in der GUV – Tätigkeit wie ein Unternehmer ergibt sich aus den Vorschriften des AktG – Vorstand einer AG nicht vergleichbar mit GmbH-Geschäftsführer – kein sonstiger Versicherungsschutzbestand gegeben – Bestätigung der instanzgerichtlichen Entscheidungen, die Hinterbliebenenleistungen ablehnten – Urteil des BSG vom 15.12.2020 – B 2 U 4/20 R – DOK 311.01:312:320 [271 - 281](#)